



Hintergrund – Seite 5

FINANZEN

Uni-Medizin, Kommunal финанzen, Justiz: Rot-Grün bereitet Mehrausgaben vor

Die Klausurtagung der Landesregierung für den Haushalt 2025 wirft schon ihre Schatten voraus. Vor wenigen Tagen, am Rande der Landtagssitzung, haben die Musikschulen auf sich aufmerksam gemacht. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung hoffen auf mehr Geld, die Kommunen melden sich, die Krankenhäuser rufen nach Unterstützung. Die Liste all derer, die Wünsche haben, ist lang – aber die Möglichkeiten des Landes sind doch eher begrenzt. Die jüngste Steuerschätzung war eher ernüchternd, allerdings hat Finanzminister Gerald Heere die Rücklage jüngst um 1,5 Milliarden Euro (Überschuss aus 2023) anfüllen können, damit beträgt die Rücklage nun 2 Milliarden Euro. Heere hat bisher betont, diese für erwartete „magere Jahre“ ab 2026 zu benötigen. Nicht ausgeschlossen ist aber, dass er sie jetzt schon antasten muss – wenn die Landesregierung anders die anvisierten Mehrausgaben nicht bezahlen kann. Hinzu kommt ja noch die „Konjunkturkomponente“ – das sind weitere Kreditaufnahmekancen wegen der schwächelnden Konjunktur. Deren Höhe errechnet sich indes nach einem komplizierten Mechanismus.



Hier ein Überblick, an welchen Stellen Rot-Grün Zeichen setzen könnte:

■ **Hochschulmedizin:** Die CDU hatte kürzlich beantragt, 270 Millionen Euro mehr auszugeben, damit 200 weitere Medizin-Studienplätze geschaffen werden können – in Hannover, Göttingen und auch Oldenburg. SPD und Grüne zeigten sich bisher skeptisch, da diese Ausweitung auch in den kommenden Jahren Folgekosten verursacht. Gut möglich ist, dass die Regierung das jetzt aufgreift, denn die Erwartungshaltung in der Region Oldenburg ist riesig.

■ **Straßen, Gebäude und Hochwasserschutz:** Ob bis zu 300 Millionen Euro zusätzlich für die Unterhaltung von Landesstraßen und öffentlichen Gebäuden fließen sollen, ist noch umstritten. Rot-Grün möchte ja gern eine Investitionsgesellschaft schaffen, die selbst Kredite aufnehmen kann und diese Aufgabe dann außerhalb des Landeshaushalts erledigt. Ein Gutachten dazu dürfte in der Haushaltsklausur diskutiert werden. Das Problem ist nur: Vermutlich müsste eine solche Gesellschaft auch private Investoren einbeziehen über ein ÖPP-Modell, wenn man nicht den Vorwurf einkassieren will, dass damit die Schuldenbremse in der Landesverfassung umgangen wird. Deshalb ist es eher unwahrscheinlich, dass die Regierung hier jetzt schon einen großen Durchbruch verkündet. Daneben geht es noch um Investitionen im Hochwasserschutz, das dafür vorgesehene Sondervermögen dürfte aufgestockt werden – vielleicht um 100 Millionen Euro?

■ **Justiz:** Mehr Gewalttaten, mehr Übergriffe auf Hoheitsträger und eine überlastete Staatsanwaltschaft zwingen gerade dazu, dass das Justizpersonal aufgestockt werden muss – etwa um 250 Richter- und Staatsanwalt-Stellen. Auch das würde aber Folgekosten verursachen und ist – trotz einhelliger Forderungen der Justizpolitiker – kein Selbstläufer in der Haushaltsklausur.

■ **Wohnungsbau:** Wirtschaftsminister Olaf Lies hatte den Start der Landeswohnungsgesellschaft mit 100 Millionen Euro für 2024 begleiten können. Wenn die Landesregierung das Konzept erfolgreich anschieben will, müsste jetzt vermutlich ein weiterer Betrag in ähnlicher Höhe folgen. Dagegen steht die Erkenntnis, dass die Flaute im Wohnungsbau nicht am fehlenden Geld liegt, sondern an den schwierigen Rahmenbedingungen, die bundesweit gelten.

■ **Kommunalfinanzen:** Die Kommunen fühlen sich vor allem vom Bund im Stich gelassen – bei den Krankenhäusern beispielsweise. Außerdem beklagen sie, für Investitionen (etwa für die ab 2026 verpflichtenden Ganztags-Angebote und für nötige Fernwärmenetze) keine günstigen Rahmenbedingungen zu haben. Aus dem Städtetag kommt der Ruf, man möge zumindest wieder die Verschuldungsmöglichkeiten der Kommunen lockern. Womöglich lässt sich die Landesregierung darauf ein, womöglich wird auch ein zinsgünstiges Kreditprogramm der N-Bank auf den Weg gebracht.

■ **Meyer-Werft:** Die Finanzierung einer möglichen Landesbeteiligung an der Meyer-Werft, die gerade intern diskutiert wird, dürfte für den Landeshaushalt 2025 keine Rolle spielen. Falls es zu diesem Schritt kommt, der nach EU-Beihilferecht abgesichert werden müsste, würde er über die landeseigene HannBG finanziert werden – und das geschähe dann außerhalb des regulären Landeshaushalts. (kw)

PARTEIEN

Rot-Grün will mehr Beratungsstellen für einen besseren Kinderschutz schaffen

Niedersachsen soll ein Kinderschutzgesetz bekommen. Als 2019 der jahrelange Missbrauch auf einem Campingplatz in Lügde (Nordrhein-Westfalen) bekannt wurde, bei dem 31 Kinder Opfer wurden, ist nicht nur für Fachleute offensichtlich geworden: Verschiedene Institutionen müssen besser kooperieren, um Kinder wirksam zu schützen. Nordrhein-Westfalen hat bereits reagiert und ein Kinderschutzgesetz verabschiedet. Seit 2023 arbeitet auch in Niedersachsen ein Interministerieller Arbeitskreis (Imak) unter Federführung des Sozialministeriums an einem Maßnahmenpaket. Im Mai 2024 meldeten sich der Kinderschutzbund und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zu Wort und mahnten: Der Imak hinke dem Zeitplan hinterher, ein Zwischenbericht wurde entgegen der Ankündigung nicht öffentlich gemacht. Jetzt haben SPD und Grüne einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht, in dem sie die von ihnen gestellte Landesregierung um einen Entwurf für ein Kinderschutzgesetz bitten. „Das brauchen Sie gar nicht“, konterte Sophie Ramdor für die CDU. „Der Entwurf kommt von ganz allein. Zu uns ist durchgedrungen, dass er im Herbst vorliegen soll.“



„Der Schutz unserer Kinder ist eine der höchsten Prioritäten“, sagt Sophie Ramdor.

Interministerieller Arbeitskreis (Imak) unter Federführung des Sozialministeriums an einem Maßnahmenpaket. Im Mai 2024 meldeten sich der Kinderschutzbund und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zu Wort und mahnten: Der Imak hinke dem Zeitplan hinterher, ein Zwischenbericht wurde entgegen der Ankündigung nicht öffentlich gemacht. Jetzt haben SPD und Grüne einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht, in dem sie die von ihnen gestellte Landesregierung um einen Entwurf für ein Kinderschutzgesetz bitten. „Das brauchen Sie gar nicht“, konterte Sophie Ramdor für die CDU. „Der Entwurf kommt von ganz allein. Zu uns ist durchgedrungen, dass er im Herbst vorliegen soll.“

„Kinder stehen in Niedersachsen an erster Stelle.“

Marten Gäde (SPD) postulierte: „Kinder stehen in Niedersachsen an erster Stelle.“ Der Antrag von Rot-Grün sieht vor, im Kinderschutzgesetz die langfristige Förderung für die Kinderschutzzentren und Beratungsstellen sowie für die forensische Kinderschutzambulanz der Medizinischen Hochschule Hannover und zwei lokale Ambulanzen in Göttingen und Rotenburg zu regeln. Eine auskömmliche Finanzierung ist auch eine Forderung der Verbände. Bisher, erklärt Antje Möllmann vom Kinderschutzbund im Gespräch mit dem Politikjournal Rundblick, ist Niedersachsen nicht flächendeckend mit Beratungsstellen versorgt. Durch Tarifierhöhungen und Inflation seien die Träger schlimmstenfalls gezwungen, ihre Angebote weiter zu reduzieren. Dabei seien die Aufgaben gewachsen, erklärt die Landesgeschäftsführerin: „Der digitale Bereich ist unfassbar explodiert. Eigentlich müssten wir einen Innovationsschub bekommen.“ Mittlerweile, sagt sie, montieren schon Kinder mithilfe künstlicher Intelligenz Gesichter ihrer Mitschüler in Pornobilder. Mit solchen Trends müssten die Berater Schritt halten können.



Marten Gäde (SPD) will den Kinderschutz stärken.



Ein „Herzstück“ ihres Antrages, erklärte Swantje Schendel (Foto) von den Grünen, sei die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle Kinderschutz, die bei Bedarf „schnelle und abgestimmte Maßnahmen“ ergreifen kann. Außerdem soll diese Stelle Schulen und Vereine dabei beraten, Schutzkonzepte zu erstellen. Hier würde Antje Möllmann gerne noch einen Schritt weiter gehen: Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen sollten alle Einrichtungen, in denen sich Kinder aufhalten, verpflichtet werden, ein solches Konzept zu erstellen. „Es geht nicht darum, einfach Papiere zu schreiben“, erläutert sie. Jede Einrichtung, die sich auf ein Schutzkonzept verständigt hat, habe ihrer Erfahrung nach einen Qualitätssprung gemacht. Kinder und Jugendliche können an dem Prozess mitwirken und ihre Bedürfnisse einbringen.

„Das ist der kürzeste Witz der Geschichte: Grüne fordern Kinderschutz.“

Die „allgemeinen Forderungen“ und „grundsätzlichen Ziele“ des Antrages seien richtig, befand die CDU-Abgeordnete Ramdor. Allerdings fehlen ihrer Fraktion „konkrete Maßnahmen“. Damit meinte sie Maßnahmen zur Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten, die die CDU schon lange fordert: Die Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten sowie die Lockerung der ärztlichen Schweigepflicht, damit sich Kinderärzte über Verdachtsmomente austauschen können. Außerdem forderte Ramdor, die Medienkompetenz von Schülern zu stärken, damit sie nicht auf Kontaktabbahnungen von Tätern im Netz hereinfallen. Vanessa Behrendt von der AfD attackierte direkt den kleineren Koalitionspartner: „Das ist der kürzeste Witz der Geschichte: Grüne fordern Kinderschutz.“ Sie berichtete von besorgten Eltern, die sich an sie gewandt haben. Diese Eltern fürchten, dass ihre Kinder im Kindergarten einer „pädophilen Sexualpädagogik“, wie Behrendt es nennt, ausgesetzt seien. Solche Anrufe von Eltern kennt auch Antje Möllmann vom Kinderschutzbund. Unter den Fachkräften hat sie ebenfalls eine „krasse Verunsicherung“ bemerkt, seit ein Kindergarten in Hannover mit einem Raum für sogenannte Körpererkundungen in der öffentlichen Kritik stand. Mit einer Fachtagung hat der Kinderschutzbund versucht, den Einrichtungen Orientierung zu geben. „Es ist unstrittig unter Fachleuten, dass Kinder von Anfang an sexuelle Wesen sind“, erklärt Möllmann. Sexualität sei also nichts, womit Kinder lediglich von außen konfrontiert würden und was nicht in ihre Lebensphase passe. Nur, wenn Kinder Empfindungen und Handlungen benennen können, können sie ansprechen, dass eine Grenze überschritten ist. Die frühere Umgangsweise, Sexualität zu tabuisieren und zu reglementieren, habe keinen Schutz geboten: Jeder siebte bis achte Erwachsene müsse mit Missbrauchserfahrungen leben. Möllmanns Rat an Einrichtungen, die über ihren Umgang mit Sexualität diskutieren: „Man muss auf gemeinsame Werte kommen. Alle haben schließlich das Interesse, Kinder zu schützen.“ (aba)



Vanessa Behrendt wirft der Landesregierung vor, sie betreibe „Symbolpolitik“.

HINTERGRUND

Warum die CDU glaubt, dass Rot-Grün die Einheitsschule will

Von Niklas Kleinwächter

Nach einer aufgewühlten Debatte vor wenigen Wochen im niedersächsischen Landtag lässt die CDU-Fraktion auch im zuständigen Kultusausschuss nicht mehr locker. Die Abgeordneten wollen wissen: Arbeitet die rot-grüne Landesregierung insgeheim an der Einführung einer „Einheitsschule“ in Niedersachsen? Für die CDU-Bildungspolitiker rund um Christian Fühner liegt diese Entwicklung auf der Hand: Zuerst das „Einheitscurriculum“, dann der „Einheitslehrer“ und zuletzt die „Einheitsschule“ – so in etwa klingt der von den Christdemokraten unterstellte Dreiklang in der Bildungspolitik. Gemeint sind damit erstens Anpassungen am Lehrplan, die Niedersachsen aufgrund eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz vornehmen muss, um die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu gewährleisten, zweitens die Vorbereitung der sogenannten Stufenlehrer-Ausbildung, der zufolge Lehramtsstudenten nicht mehr nach Schulformen, sondern nach Klassenstufen ausgebildet werden sollen – und letztlich drittens eine Bevorzugung der Gesamtschulen, die als „Stärkung“ bereits im Koalitionsvertrag angekündigt worden ist.



Obwohl Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) wiederholt betont hat, keine solche Schulstruktur-Debatte führen zu wollen, trauen die Christdemokraten dem vermeintlichen Frieden nicht. Offensichtlich befürchtet man, dass im Kultusressort in Vorbereitung der Schulgesetznovelle, die dem Vernehmen nach für 2026 geplant ist, verschiedene Schritte geprüft werden, die aus Sicht der CDU einer „Einheitsschule“ den Weg ebnen sollen. Ende Mai nahmen die Mitglieder des Kultusausschusses dazu eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen. Die Ausführungen halfen allerdings nicht dabei, die Befürchtungen der CDU-Politiker zu zerstreuen. Vielmehr meinten sie, in den mündlichen Antworten des Leiters des Gesamtschul-Referats, Tom Wedrins, Widersprüche zu den schriftlichen Antworten auf eine zuvor gestellte „kleine Anfrage“ zu erkennen.

Grundsätzliche Unstimmigkeiten gab es in der Auslegung der Frage, ab wann ein Ministerium einen Sachverhalt konkret „prüft“ – und mit welcher Intention. Während Wedrins ausführte, dass das Ministerium bestimmte Alternativen allein deshalb prüfe, weil es zu seinen Aufgaben gehöre, bestimmte Entwicklungen etwa in anderen Bundesländern im Blick zu behalten, unterstellen die CDU-Politiker, die Prüfungen würden konkreten Vorbereitungen dienen, über die man die Parlamentarier aber noch im Unklaren lassen wolle. Fühner stellte deshalb für seine Fraktion einen Antrag auf Akteneinsicht in dieser Angelegenheit – ein durchaus ungewöhnlicher Schritt für das Kultusressort. Die Vehemenz, mit der die CDU-Politiker hier vorgehen, lässt die Vermutung zu, dass sie konkreten Hinweisen aus dem Haus von Kultusministerin Hamburg nachgehen – oder aber das Thema unbedingt weiterdrehen wollen.

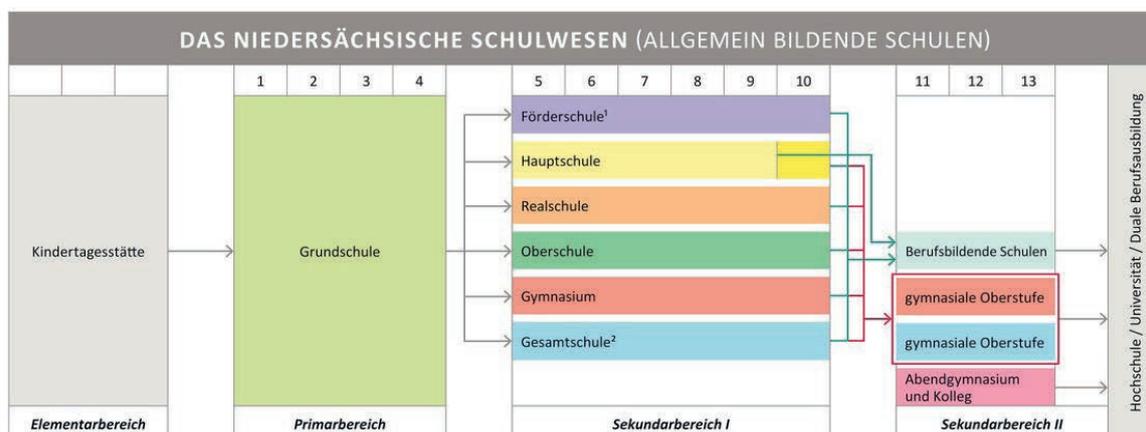


Doch was befürchten die CDU-Politiker eigentlich konkret? Hinter dem Schlagwort „Einheitsschule“ verbirgt sich die Vorstellung, die rot-grüne Koalition könnte einseitig die Gesamtschule fördern und bestimmte Regelungen in der Gestalt abändern, dass nicht nur Haupt- und Realschulen, sondern künftig womöglich auch Gymnasien allmählich aus der niedersächsischen Schullandschaft verschwinden. Im Kultusministerium wertet man es zwar als Ausweis eines „guten, weil vielfältigen“ Angebots, wenn Gesamtschulen neben Gymnasien existierten. Für das Konzept der Gesamtschule könnte es sich langfristig aber als Problem herausstellen, wenn die gute Durchmischung unterschiedlicher Schülertypen nicht mehr gelingen sollte. Deutlicher formuliert: Besuchen die leistungsstarken Schüler einer Stadt alle das Gymnasium, geht das Konzept der Gesamtschulen nicht mehr auf.

„Eine derartige Änderung ist nicht beabsichtigt.“

Die Stellschrauben, an denen Rot-Grün drehen müsste und die von den CDU-Politikern deshalb genau beobachtet werden, sind diese: Noch haben Eltern laut niedersächsischem Schulgesetz einen Rechtsanspruch darauf, dass ihr Kind eine bestimmte Schulform besuchen kann – bei der Wahl der Schule gilt der Elternwille. Die CDU befürchtet nun, Rot-Grün könnte diesen Anspruch einschränken und die Wahlfreiheit allein auf den angestrebten Schulabschluss beziehen. Das würde heißen: Den Eltern wird nur garantiert, dass ihr Kind den Weg zum Abitur einschlagen darf – nicht aber, dass es sein Abitur am Gymnasium machen kann, wenn es als Alternative auch eine IGS mit gymnasialem Zweig gäbe. Das Kultusministerium antwortete darauf aber konkret: „Eine derartige Änderung ist nicht beabsichtigt.“

In eine ähnliche Richtung geht die Befürchtung der CDU, das Kultusministerium verfolge das Ziel, die IGS als „vollständig ersetzende Schulform“ zu akzeptieren. Das wiederum würde bedeuten, dass einzelne Schulträger nicht mehr gezwungen wären, ein Gymnasium in der Umgebung vorzuhalten, sobald es stattdessen auch eine IGS gibt. Darauf antwortet der Gesamtschul-Referatsleiter mit einem Verweis auf die seit 2015 geltende Rechtslage, der zufolge eine solche Option nicht geboten sei. Auf Nachfrage führte er weiter aus, dass auch keine entsprechenden Wünsche von Schulträgern vorliegen würden.



Ferner blicken die CDU-Politiker skeptisch auf die Idee, das Sitzenbleiben im Sekundarbereich I abzuschaffen. Man befürchtet, dadurch würden die Gymnasien, an denen die Versetzung noch eine wichtige Rolle spielt, der IGS weiter angeglich werden. Das Kultusministerium entgegnete, ein solcher Vorstoß werde nicht geprüft – räumte in der Sitzung des Kultusausschusses aber ein, dass man durchaus schaue, was in anderen Bundesländern passiere, und diese Erfahrungen in die fachliche Bewertung einfließen lasse. Passiert da also doch etwas?



Thore Güldner

Die Koalitionsfraktionen halten das Agieren der CDU schlicht für Panikmache. Aus Sicht des SPD-Kultuspolitikers Thore Güldner ist nach der Plenardebatte und der schriftlichen Beantwortung auch in der Ausschuss-Unterrichtung ganz klar geworden, dass „wir keine Abschaffung von Schulformen wollen“. Führer traut dem Ganzen derweil noch immer nicht und befürchtet, der Verweis auf die geltende Rechtslage verschleierte bloß, dass das Recht bald geändert werden könnte: „Wir alle wissen, dass eine Schulgesetznovelle kommt. Wir alle wissen, dass die Reform ansteht. Die Curricula werden überarbeitet. Die Lehrerausbildung wird überarbeitet.“ Wichtig sei der CDU als Oppositionsfraktion, „vollständige Transparenz“ darüber zu haben, in welche Richtung sich die Schulstruktur entwickelt. Nach den Sommerferien wolle man daher mehr erfahren.

Der Streit dürfte folglich weitergehen.

SAMMELABO-UPGRADE

**RUND
BLICK**
POLITIKJOURNAL
FÜR NIEDERSACHSEN

**Damit in Zukunft alle
Kollegen mitlesen dürfen...**

Upgrade auf Sammelabo

NOTIZ

Länderchefs fordern leichteren Abschuss von Wölfen

Kommt noch einmal Bewegung in die Wolfspolitik? Nachdem der Vorstoß von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) einstweilen von den Gerichten in Niedersachsen gestoppt wurde, wollen die Ministerpräsidenten nun den Druck auf die Bundesregierung in dieser Angelegenheit erhöhen. In der Runde der Länderchefs, die am Donnerstag in Berlin tagte, wurde auf Vorschlag von Niedersachsen und Sachsen ein Beschluss gefasst, der den Bund zu entschiedenem Handeln auffordert. In dem Beschlusspapier, das dem Politikjournal Rundblick vorliegt, hält die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zunächst fest, dass der Lemke-Vorschlag „nur ein erster Schritt“ gewesen sei, der aber in der Praxis letztlich am geltenden Recht gescheitert sei. „Das ursprünglich geplante Schnellabschussverfahren läuft damit faktisch ins Leere.“ Die Regierungschefs fordern den Bund daher „erneut auf, die seit Jahren angemahnte Rechtsänderung auf den Weg zu bringen.“ Die EU-rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung eines „regional differenzierten Bestandsmanagements“ in Regionen mit problematischen Wolfsaktivitäten sollten unverzüglich umgesetzt werden. Die Bundesregierung solle dazu „schnellstmöglich“ mit der EU-Kommission in den Dialog treten.



Außerdem fordern die Länderchefs die Bundesregierung mit Nachdruck dazu auf, sich im EU-Umweltministerrat für den Kommissionsvorschlag zur Absenkung des Schutzstatus des Wolfes auszusprechen. Da dort eine qualifizierte Mehrheit benötigt wird, hat das Votum der deutschen Umweltministerin dort ein hohes Gewicht. Sollte dem Vorschlag der Kommission dann gefolgt werden und der Schutz des Wolfes in der „Berner Konvention“ von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft werden, fordern die



Stephan Weil und Staatskanzlei-Chef Jörg Mielke nehmen an der MPK in Berlin teil.

Regierungschefs der Länder eine „unverzügliche“ Änderung in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU. Das energische Agieren der Länderchefs kann auch vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland gedeutet werden: Aus der Demoskopie ist seit längerem bekannt, dass das Lavieren in der Wolfspolitik dem Staat von Teilen der Bevölkerung als Handlungsunfähigkeit ausgelegt wird und damit Nährboden liefert für populistische Parteien. (nkw)

P UND P

Personen und Positionen

Mareike Wulf, CDU-Bundestagsabgeordnete aus der Region Hameln/Holzminden, musste am Mittwochabend einen Vortrag in der Universität Göttingen abbrechen. Vorher hatte es lautstarke Proteste gegen Wulf gegeben, teilt der Veranstalter, der „Ring Christlich Demokratischer Studenten“ (RCDS) mit. Das Thema von Wulf war das Gesetz zur Selbstbestimmung der Geschlechter. Etwa 100 Störer hätten aber den Versammlungsraum gestürmt und mit Trillerpfeifen und lauter Musik verhindert, dass Wulf sprechen konnte. Sie wurde dann unter Polizeischutz aus dem Saal geführt, die RCDS-Veranstaltung musste abgebrochen werden.



Störer haben einen Vortrag von Mareike Wulf in der Universität Göttingen verhindert.

Ina-Isabelle Haffke, Sprecherin des Übertragungsnetzbetreibers Tennet, hat am Donnerstag das Scheitern der Verkaufsverhandlungen bekannt gegeben. Seit längerem war vorgesehen, dass der deutsche Zweig des niederländischen Unternehmens Tennet von der Bundesrepublik erworben wird. Bisher gehört auch Tennet Deutschland dem niederländischen Staat. Wie Haffke erklärte, sind die Verkaufsverhandlungen zwischen der Tennet-Holding und der für die Bundesrepublik tätigen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) „ergebnislos beendet worden“. Vorher habe die Bundesregierung der Regierung in Den Haag mitgeteilt, dass die geplante Transaktion wegen der Haushaltsprobleme in Deutschland nicht durchgeführt werden könne. Nun bereite die Tennet-Holding „die Inanspruchnahme öffentlicher und privater Kapitalmärkte vor, um eine strukturelle Finanzierungslösung für ihre deutschen Aktivitäten zu finden“. Die Bundesregierung habe dafür schon Unterstützung zugesichert. An den umfangreichen Investitionsplänen halte Tennet fest.

Thorben Peters, Landesvorsitzender der Linkspartei in Niedersachsen, hat dem Landesamt für Verfassungsschutz „die Verbreitung von Fehlinformationen“ vorgeworfen. Peters bezieht sich auf den aktuellen Verfassungsschutzbericht, der vergangene Woche vorgestellt worden war. Darin schreibt der Verfassungsschutz, die parteiinterne Strömung „Antikapitalistische Linke“ (AKL) sei mit eigenen Delegierten an den Linken-Parteitagen beteiligt und werde auch 2024 versuchen, „Einfluss auf die Partei auszuüben“. Laut Peters habe die AKL aber weder 2022 noch 2023 Delegiertenmandate bei Landesparteitagen der Linken wahrgenommen. Auch habe es – anders als vom Verfassungsschutz behauptet – in der Partei „keine erneuten Debatten über die DDR-Geschichte gegeben“. Der Verfassungsschutz „verbreitet offensichtlich wissentlich Fake-News“. Peters betont, „aus grundsätzlichen demokratischen Erwägungen“ solle der Verfassungsschutz abgeschafft und durch ein wissenschaftlich und transparent arbeitendes Demokratie-Institut ersetzt werden.

Armin Papperger, Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall, freut sich über den größten Auftrag in der jüngeren Firmengeschichte seines Rüstungsunternehmens. Zusammen mit der Präsidentin des Bundeswehr-Beschaffungsamtes, Annette Lehnigk-Emden, unterzeichnete er gestern einen Rahmenvertrag über die Lieferung von Artilleriemunition im Gesamtwert von bis zu 8,5 Milliarden Euro. Die Bestellung diene der Aufstockung der Lagerbestände der Bundeswehr und ihrer Verbündeten Niederlande, Estland und Dänemark sowie der Unterstützung der Ukraine bei ihrem Abwehrkampf gegen Russland. Der Auftrag beinhaltet auch Geschosse vom Kaliber 155 Millimeter im Gesamtwert von 880 Millionen Euro, die im neuen Rheinmetall-Werk in Unterlüß (Landkreis Celle) produziert werden sollen. Laut Papperger werde durch den Vertrag die Auslastung des neuen Produktionsstandortes sichergestellt. In der Südheide baut der Rüstung- und Technologiekonzern derzeit die komplette Wertschöpfungskette für Artilleriemunition aus einer Hand auf – vom Geschoss über Zünder und Sprengladung bis hin zur Treibladung. Die Produktion soll 2025 beginnen und zunächst 100.000 Geschosse pro Jahr umfassen, ab 2026 soll sich die Kapazität auf 200.000 Geschosse pro Jahr verdoppeln.



Thomas Mang, Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen (SVN), ist nach 21-jähriger Amtszeit am gestrigen Donnerstag in den Ruhestand verabschiedet worden. Bei einem Festakt sagte sein Nachfolger, der bisherige Diepholzer Landrat Cord Bockhop, dass Mang „zum Ende seines Berufslebens noch die Rückkehr der Zinsen feiern“ könne.

Ministerpräsident Stephan Weil lobte in einer Video-Botschaft Mangs Engagement bei der Rettung der Nord/LB. Ulrich Reuter vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband hob Mangs Neigung zu klaren Worten und seine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung hervor. Mang selbst gab zum Abschied einen Einblick in seine Kindheit: Beide Eltern arbeiteten bei einer Sparkasse im Raum Bremen,

der Vater dort als Hausmeister. Als kleines Kind habe er im Geldtransporter gespielt und Formular-Vordrucke durcheinandergewirbelt. Später dann, nach dem Start seiner Ausbildung bei der Sparkasse Bremen, habe er immer viele Förderer gehabt. „Etwas Talent, eine Portion Ehrgeiz und Glück gehören zum Erfolg dazu – aber immer auch Förderer“, hob Mang hervor.

Impressum

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registriergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Chefredakteur V.i.S.d.P.
Dr. Klaus Wallbaum (kw)
Chefredakteur Wirtschaft
Christian Wilhelm Link (cwl)
Chef vom Dienst
Niklas Kleinwächter (nkw)
Redakteurin
Anne Beelte-Altwig (aba)
Redaktionsassistentin
Sina Gartz
redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Leiter Medien & Vertrieb
Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de
Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich
Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59

Bilder in dieser Ausgabe | Titelbild: GettyImages/JackF, S. 1: lydiaboenisch.com; S. 3 und 4: Plenar-TV/Screenshot: Christian Wilhelm Link; S. 5: CDU, Grüne/Brauers; S. 6: MK; S. 7: SPD; S. 8: GettyImages/Vasyl Helevachuk, Henning Schacht/Hessische Staatskanzlei; S. 9: RCDS; S. 10: SVN